

Telekom Austria: Kein weiterer Personalabbau



Fotos: Bilderbox/Wedicka

Betriebsrat: „Unser Einsatz hat sich ausgezahlt“ – Auch 3,6 Prozent Plus bei Gehältern

„Unser unermüdlicher Einsatz für die Arbeitsplätze unserer Beschäftigten hat sich ausgezahlt“, zeigt sich Betriebsratsvorsitzender Michael Kolek zufrieden. „Jetzt liegt es am Management, die Vereinbarungen auch umzusetzen!“

Die zuletzt konstruktiven Gespräche zwischen Vorstand und ArbeitnehmerInnenvertretung haben gezeigt, dass die Unternehmensleitung auch sozialpartnerschaftlich agieren kann, wenn sie will. „Wir sehen das als ersten Schritt in die richtige Richtung, werden aber genau beob-

achten, ob der Vorstand seine Worte ernst meint. Sollten aber nur Lippenbekenntnisse dahinter stehen, so werden weitere Aktivitäten von der Arbeitnehmervertretung folgen“ so Kolek.

Die Telekom wollte bis 2012 massiv Personal abbauen. Nach heftigen Protesten, Verhandlungen und Streikdrohungen der Arbeitnehmervertretung hat der Vorstand den sozialpartnerschaftlichen Dialog wieder aufgenommen. 2010 soll es keinen Personalabbau geben. „Es werden jetzt hoffentlich neue Perspektiven für eine Telekom Austria der Zukunft einem drastischen Sparkurs vorgezogen“, sagte Michael Kolek.

Immerhin hat sich der Vorstand verpflichtet, in Zukunft alle Schritte mit dem Betriebsrat abzustimmen. Darüber hinaus haben sich beide Seiten darauf geeinigt, „dass die Personalvertretung den Vorstand bei den politischen Entscheidungsträgern unterstützt, um die Rahmenbedingungen für das Festnetz so zu gestalten, dass die wirtschaftliche Zukunft des Unternehmens gesichert wird“. „Wir haben immer gesagt, dass wir Ausbau statt Abbau und sichere Arbeitsplätze brauchen. Daher leisten wir diese Unterstützung gerne“, zeigt sich Michael Kolek zufrieden.

Gehaltsrunde abgeschlossen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Telekom Austria Group werden ab 1. Jänner 2009 um 3,6 Prozent mehr Gehalt beziehen. Darauf haben sich der TA-Vorstand und die Kommunikationsgewerkschaft GPF am 16. Dezember 2008 geeinigt. Auch Mitarbeiterbeteiligungen in Form von Aktien wurden vereinbart.

AK und Postgewerkschaft fordern Kollektivvertrag für Postbranche

Einmal mehr fordern Arbeiterkammer (AK) und Postgewerkschaft einen Branchen-Kollektivvertrag für die Postbranche, um Dumpinglöhne durch die Konkurrenz zu verhindern. Sobald der Postmarkt am 1. 1. 2011 zur Gänze liberalisiert ist, steigt der Kostendruck für die Österreichische Post, die nach eigenen Angaben bessere Arbeitsbedingungen bietet als ihre Mitbewerber, sagte der oberste Post-Gewerkschafter Gerhard Fritz am 18. 12. 2008 bei einer Pressekonferenz.

Die Aufforderung der rot-schwarzen Koalition, „umgehend Verhandlungen um einen Branchen-KV aufzunehmen“, nütze nichts, wenn die Wirtschaftskammer (WKÖ) keine Postmarktbranche einrichtet. Erst dann könne mit den Verhandlungen begonnen werden, sagte Fritz.

Neben einem einheitlichen Branchen-KV fordern AK und Postgewerkschaft außerdem verpflichtende Versorgungsaufgaben auch für private Postbetreiber sowie eine Kosten-



beteiligung am Universaldienst. Die Versorgung mit Postfilialen sei wichtig für die Bevölkerung, aber nicht in jedem Fall kostendeckend für die Post. Man benötige genaue Kriterien, wie diese Versorgung auszusehen habe.

Fest stehe, dass die Situation der Beschäftigten bei den alternativen Dienstleistern „besonders schlecht“ sei und es deshalb zu Wettbewerbsverzerrungen komme, beruft sich AK-Präsident Herbert Tumpel auf eine FORBA-Studie, die heute präsentiert wurde. Demnach würden bei den privaten Postdienstleistern „prekäre Arbeitsverhältnisse“ überwiegen, die

zudem „sehr schlecht bezahlt“ werden. Nicht einmal 10 Prozent der Beschäftigten bei den alternativen Brief- und Werbemittelzustellern seien unselbstständig angestellt - im Falle der Paketzusteller würden Subunternehmer überwiegen.

Im Bereich Brief-, Werbemittel- und Zeitungszustellung verdienen selbstständig beschäftigte Zusteller im Stadtgebiet laut FORBA 4 bis 5 Euro brutto pro Stunde. Für unselbstständige Fahrer würden sich die Istlöhne bei 8 bis 10 Euro bewegen. Laut Fritz verdient ein Postangestellter im Schnitt zwischen 1.500 und 1.600 Euro brutto pro Monat. Die arbeits- und sozialrechtlichen Standards gehören aber nicht nur bei den Mitbewerbern geregelt, sondern natürlich auch bei der Post-Werbemittelzustelltochter Feibra, sagte Fritz.

Feibra hat in Österreich zwischen 1.000 und 1.150 Mitarbeiter – der Großteil davon ist selbstständig beschäftigt. Insgesamt beschäftigt die Postbranche bis zu 20.000 Beschäftigte, schätzt Fritz. Rund 6.000 davon würden auf Werkvertragsbasis arbeiten. Ein Branchen-KV würde das „Werkvertragsproblem“ nicht lösen, deshalb fordert Fritz eine Auftraggeberhaftung wie in der Baubranche.

(APA)